

Anlage 4
Vertragsentwurf

VERTRAGSENTWURF / MUSTER

Zwischen der Technischen Universität München
als staatliche Einrichtung in Vertretung des Freistaates Bayern,
Arcisstraße 21, 80333 München
vertreten durch den Präsidenten
Prof. Dr. Thomas F. Hofmann

hier handelnd
Hochschulreferat 6 – Gesundheit, Sicherheit, Strahlenschutz
Dr. Andreas Bauer
Walther-Meißner-Straße 1
85748 Garching

- im Folgenden „TUM“ genannt -

und

xxxxxxxxx

xxxxxxxxx

xxxxxxxxx

xxxxxxxxx

- im Folgenden „Betriebsarzt“ genannt -

wird folgender Honorarvertrag geschlossen:

1. Auftragsgegenstand

Auftragsgegenstand sind die arbeitsmedizinischen Aufgaben entsprechend dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz - ASiG) in der Fassung vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 5 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868) geändert worden ist, sowie der Richtlinien über die Gewährung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes in der staatlichen Verwaltung des Freistaates Bayern in der jeweils gültigen Fassung, beigefügt in der Fassung vom 15. Februar 2011 (Anlage 0), die Aufgaben entsprechend der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge vom 18. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2768), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Juli 2019 (BGBl. I S. 1082) geändert worden ist.

2. Leistungen der TUM

- 2.1. Die TUM stellt dem Betriebsarzt am Standort Weihenstephan, Maximus-von-Imhof-Forum 6, 85354 Freising, zwei mit einer Tür direkt verbundene Räume mit einer Grundausstattung an Mobiliar (vgl. Anlage 1) zur Verfügung. Medizinische Einrichtungen, Hilfspersonal und Material werden von der TUM nicht gestellt und sind vom Betriebsarzt im für die Wahrnehmung seiner Aufgaben notwendigen Umfang auf eigene Kosten zur Verfügung zu stellen. Fahrzeiten ab Maximus-von-Imhof-Forum 6, 85354 Freising, zum und vom Einsatzort im Falle von Betriebsbegehungen in der TUM-Einrichtung nach Anlage 2 sind in der Gesamteinsatzzeit inkludiert.
- 2.2. Der Betriebsarzt ist organisatorisch gemeinsam mit den Fachkräften für Arbeitssicherheit, dem Betriebspsychologen, der Koordinatorin der betrieblichen Gesundheitsförderung und weiteren Akteuren dem Hochschulreferat 6 – Gesundheit, Sicherheit, Strahlenschutz zugeordnet.
- 2.3. Die TUM verpflichtet sich,
 - dem Betriebsarzt alle für eine ordnungsgemäße Durchführung der Aufgaben nach den in Punkt 1 genannten Rechtsquellen erforderlichen Informationen und Auskünfte zu erteilen,

- dem Betriebsarzt nach vorheriger Terminabsprache mit den zuständigen Stellen Betriebsbegehungen und Arbeitsplatzbesichtigungen zu ermöglichen,
- die Beschäftigten der TUM für die erforderlichen Untersuchungen freizustellen,
- die Serverinfrastruktur für die arbeitsmedizinische Software Fabiola bereitzustellen und
- die Erfüllung der Anforderungen an die besonders schützenswerten personenbezogenen Daten sicherzustellen.

3. Leistungen des Betriebsarztes

3.1. Die Leistungen des Betriebsarztes sind für alle Bediensteten der TUM am Forschungscampus Freising-Weihenstephan zu erbringen, soweit sie verwaltungsmäßig dem Forschungscampus Freising-Weihenstephan zugeordnet sind und ihren regelmäßigen Arbeitsplatz in diesem Bereich haben. Der regelmäßige Arbeitsplatz ist am Forschungscampus Freising-Weihenstephan gegeben, wenn der Bedienstete mehr als die Hälfte seiner kalenderjährlichen Arbeitszeit am Forschungscampus Freising-Weihenstephan tätig ist. Wird ein Bediensteter an den Forschungscampus Freising-Weihenstephan versetzt, ist für das Kriterium des regelmäßigen Arbeitsplatzes die Zeit entscheidend, in der der Bedienstete am Forschungscampus Freising-Weihenstephan im noch verbleibenden Kalenderjahr nach seiner Versetzung tätig ist. Darüber hinaus ist der Betriebsarzt für die Beschäftigten der TUM-Einrichtung nach Anlage 2 zuständig, ohne dass es insoweit auf die Frage des „regelmäßigen Arbeitsplatzes“ ankommt.

3.2. Folgende Leistungen müssen durch den Betriebsarzt für die Personen gem. Ziffer 3.1. erbracht werden (Leistungssoll):

- (1) Der Betriebsarzt hat die Aufgabe, die/den für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung Verantwortliche/Verantwortlichen Inhaber von Leitungsfunktionen (ILF) der TUM in allen Fragen des Gesundheitsschutzes zu unterstützen; er hat vor allem

- a) den ILF zu beraten, insbesondere bei
 - der Planung, Ausführung und Unterhaltung von Verwaltungs- und Betriebsanlagen und von sozialen und sanitären Einrichtungen,
 - der Beschaffung von technischen Arbeitsmitteln und der Einführung von Arbeitsverfahren und Arbeitsstoffen,
 - der Auswahl und Erprobung von Körperschutzmitteln,
 - arbeitsphysiologischen, arbeitspsychologischen und sonstigen ergonomischen sowie arbeitshygienischen Fragen, insbesondere des Arbeitsrhythmus, der Arbeitszeit und der Pausenregelung, der Gestaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs und der Arbeitsumgebung,
 - der Organisation der „Ersten Hilfe“ in der Dienststelle,
 - Fragen des Arbeitsplatzwechsels sowie der Eingliederung und Wiedereingliederung behinderter Menschen in den Arbeitsprozess,
 - der Gefährdungsbeurteilung,
- b) die Beschäftigten zu untersuchen, arbeitsmedizinisch zu beurteilen und zu beraten sowie die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten,
- c) die Durchführung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu beobachten und im Zusammenhang damit
 - die Dienststellen in regelmäßigen Abständen zu begehen und festgestellte Mängel der/dem ILF mitzuteilen, Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel vorzuschlagen und auf deren Durchführung hinzuwirken,
 - auf die Benutzung der Körperschutzmittel zu achten,
 - Ursachen von arbeitsbedingten Erkrankungen zu untersuchen, die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten und der/dem ILF Maßnahmen zur Verhütung dieser Erkrankungen vorzuschlagen,
- d) darauf hinzuwirken, dass sich alle Beschäftigten den Anforderungen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung entsprechend verhalten, insbesondere sie über die Unfall- und Gesundheitsgefahren, denen sie bei der Arbeit ausgesetzt sind, sowie über die Einrichtungen und Maßnahmen zur Abwendung dieser Gefahren zu belehren und bei der Einsatzplanung

und Schulung der Ersthelferinnen/Ersthelfer und des medizinischen Hilfspersonals mitzuwirken.

- (2) Der Betriebsarzt nimmt auf Wunsch der/des Beschäftigten an Gesprächen im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) teil. Die Kontaktaufnahme erfolgt über den BEM-Beauftragten der TUM.
- (3) Darüber hinaus hat der Betriebsarzt/die Betriebsärztin die TUM bei der Erarbeitung von Zielen und Maßnahmen zur Steuerung und kontinuierlichen Verbesserung des „Betrieblichen Gesundheitsmanagements“ zu beraten und zu unterstützen. Die TUM versteht sich als unternehmerische Universität, die Wohlbefinden und Zufriedenheit der Beschäftigten als wesentliche Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige und erfolgreiche Hochschule definiert. Das Ziel einer gesunden Hochschule wird durch einen ganzheitlichen und systematischen Ansatz im Rahmen eines „Universitären Gesundheitsmanagements“ verfolgt, in dem sowohl die durch gesetzliche Vorgaben verpflichtende arbeitsmedizinische Betreuung als auch optionale Leistungen der betriebspsychologischen Betreuung integriert sind. Flankierend als dritte Säule ist die ebenfalls auf den gesetzlichen Vorgaben beruhende sicherheitstechnische Betreuung der Mitarbeiter bzw. der Liegenschaften der TUM angegliedert. Die Betriebsärztinnen haben die Zielsetzung der TUM durch ihre Tätigkeit zu unterstützen. Dabei sind insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:
 - Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen der „Betrieblichen Gesundheitsförderung“ (z. B. Teilnahme an Gesundheitstagen, Aktionstagen zu Schwerpunktthemen, Gripeschutzimpfungen)
 - Beratung und Mitwirkung in Gremien (z. B. Arbeitsschutzausschuss, Arbeitsgruppe „Betriebliche Gesundheitsförderung“, Koordinationstreffen der Betriebsärzte aller TUM-Standorte)
 - Unterstützung bei der übergeordneten strategischen Ausrichtung und Steuerung des „Betrieblichen Gesundheitsmanagements“ (z. B. durch Experteninput)

- Vernetzung aller Bereiche des „Betrieblichen Gesundheitsmanagements“ (Betriebspsychologischer Dienst, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik sowie weitere TUM-interne Bereiche/Abteilungen)
 - Enge Zusammenarbeit mit allen dem Hochschulreferat 6 zugeordneten Bereichen der TUM und dessen Leitung, sowie weiteren relevanten Bereichen/Abteilungen der TUM (z. B. Personalabteilung, Hochschulleitung, Personalvertretung)
 - Unterstützung bei der Erarbeitung von Zielen und Maßnahmen, Prozessbegleitung und kontinuierlichen Verbesserung des „Universitären Gesundheitsmanagements“
- (4) Durchführung arbeitsmedizinisch empfohlener Impfungen einschließlich FSME-Impfungen, wobei die Abrechnung der Impfkosten mit den ILF bzw. im Falle der FSME-Impfungen mit der TUM entsprechend dem folgenden Abrechnungssystem zu erfolgen hat:
- Impfstoffe werden vom Betriebsarzt gesondert in Rechnung gestellt, ebenso Laborkosten. Die Kosten sind vom Betriebsarzt mit den ILF direkt abzurechnen.
 - Abweichend davon sind die Kosten für FSME-Impfstoff einzeln unter Angabe des Namens der untersuchten Person und der Einrichtung, an dem die Person beschäftigt ist, nachzuweisen und im Rahmen der an der TUM üblichen Rechnungslegung separat in Rechnung zu stellen.
 - Der jeweilige vom Betriebsarzt bezahlte Einkaufspreis für den Impfstoff ist mit der Rechnungsstellung nachzuweisen.
- (5) Erreichbarkeit und betriebsärztliche Bearbeitung (per Telefon oder E-Mail) an mindestens vier Tagen/Woche. Durchführung regelmäßiger Sprechstunden am Standort Weihenstephan, Maximus-von-Imhof-Forum 6, 85354 Freising (an mindestens zwei Werktagen [Montag bis Freitag], je einen halben Tag), nach Abstimmung mit der Leitung des Hochschulreferat 6. Eine Urlaubsvertretung ist sicherzustellen.

- (6) Führung eines fortlaufenden Leistungsberichts, der monatlich anzufertigen und beim Leiter des Hochschulreferat 6 vorzulegen ist. Einmal jährlich ist zusätzlich ein Tätigkeitsbericht vorzulegen, in dem auch die Zielerreichung des Betriebsarztes zu dokumentieren ist.
Der Leistungsbericht ist für einen Kalendermonat bis zum 10. des Folge Monats, der Jahresbericht bis Ende Februar des Folgejahres beim Leiter des Hochschulreferat 6 vorzulegen.
- (7) Bereitstellung von erforderlichem Hilfspersonal, notwendigen medizinischen Einrichtungen und Material auf eigene Kosten. Werden im Einzelfall Untersuchungen erforderlich, die wegen fehlender Zulassung/Fachkunde des Betriebsarztes an außenstehende Einrichtungen vergeben werden müssen, so hat dies der Betriebsarzt möglichst kostengünstig zu veranlassen. Soweit hierdurch Kosten der TUM ausgelöst werden, sind diese bei der Leitung des Hochschulreferat 6 vorab genehmigen zu lassen. Der Betriebsarzt kann im Rahmen der Leistungserfüllung auch Ärzte in Weiterbildung zum Betriebsarzt einsetzen; in diesem Fall ist die Aufgabendelegation sowie die Betreuung durch einen Arzt/eine Ärztin mit den unter Ziffer 5.2 genannten Qualifikationen zu beschreiben und mit der Leitung des Hochschulreferat 6 vorab abzustimmen.
- (8) Durchführung von Eignungsbeurteilungen, sofern hierfür eine Rechtsgrundlage vorliegt oder wenn tatsächliche Umstände im Einzelfall einen konkreten Anlass ergeben. Werden Eignungsbeurteilungen oder Strahlenschutzuntersuchungen gemeinsam mit arbeitsmedizinischer Vorsorge durchgeführt, ist der Betriebsarzt verpflichtet, den Beschäftigten die unterschiedlichen Zwecke der Untersuchungen offenzulegen.
- (9) Für die Dokumentation der arbeitsmedizinischen Vorsorge incl. der Untersuchungsergebnisse ist die bereitgestellte arbeitsmedizinische Software Fabiola zu verwenden (digitale Probandenakte).
- (10) Die Durchführung arbeitsmedizinischer Vorsorgen sowie die Durchführung von FSME-Impfungen setzt ein vom ILF unterschriebenes Auftragsformular voraus, welches von der TUM vorgegeben wird.

- 3.3. Im Übrigen gelten die Regelungen des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz - ASiG) in der Fassung vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 5 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868) geändert worden ist, sowie der Richtlinien über die Gewährung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes in der staatlichen Verwaltung des Freistaates Bayern in der jeweils gültigen Fassung.
4. Vertragslaufzeit / Kündigung
 - 4.1. Der Vertrag beginnt am 1. Januar 2027.
 - 4.2. Der Vertrag wird auf die Dauer von drei Jahren fest abgeschlossen; anschließend ist das Vertragsverhältnis mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende beiderseits kündbar.
 - 4.3. Das Vertragsverhältnis endet nach Ablauf von insgesamt zehn Jahren (Höchstlaufzeit), ohne dass es insoweit einer Kündigung bedarf.

5. Grundbedingungen der Auftragsvergabe

- 5.1. Der Betriebsarzt versichert, dass er den ärztlichen Beruf ausüben darf und über die erforderliche arbeitsmedizinische Fachkunde sowie die Ermächtigung zur Durchführung von Strahlenschutzuntersuchungen nach § 175 Absatz 1 Satz 1 StrlSchV verfügt. Darüber hinaus versichert er, dass er die Bezeichnung „Arbeitsmedizin“ oder die Zusatzbezeichnung „Betriebsmedizin“ führen darf.
- 5.2. Der Betriebsarzt versichert darüber hinaus, dass er keine Praxis als niedergelassener Arzt führt, und zwar unabhängig davon, ob in Einzelpraxis, Gemeinschaftspraxis, medizinischem Versorgungszentrum; darüber hinaus versichert er, in keiner der genannten Einrichtungen als angestellter/freiberuflich tätiger Arzt tätig zu sein. Der Betriebsarzt verpflichtet sich, den in Satz 1 vorausgesetzten Status während der Vertragslaufzeit nicht zu ändern.
- 5.3. Der Betriebsarzt legt folgende Unterlagen zum Nachweis der eigenen Qualifikation vor:
- Approbation
 - Facharztnachweis entsprechend Ziffer 5.1
 - Ermächtigung nach § 175 Absatz 1 Satz 1 StrlSchV
 - Referenzen der bisherigen Tätigkeiten im Bereich Arbeits-/Betriebsmedizin
 - Nachweis der Berechtigung zur Gelbfieberimpfung
 - Detaillierte Fort- und Weiterbildungsnachweise

Der Betriebsarzt versichert, dass er weder rauschgiftsüchtig noch trunksüchtig ist oder in den letzten 5 Jahren war und dass er sich innerhalb dieses Zeitraums keiner Entziehungskur wegen Rauschgift- oder Trunksucht unterzogen hat und dass auch sonstige gesetzliche Hinderungsgründe für die Ausübung des ärztlichen Berufs nicht vorliegen.

- 5.4. Der Betriebsarzt haftet für alle Schäden, die in der TUM aus und in Zusammenhang mit der Tätigkeit des Betriebsarztes entstehen, gleich ob es sich um Personen- oder Sachschäden handelt.

Der Betriebsarzt hat eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 3 Mio. Euro für Personenschäden und 1 Mio. Euro für

Sachschäden zur Absicherung etwaiger Schadensersatzansprüche der TUM abzuschließen; dies wird durch den Versicherungsschein [Nummer] der [Versicherung] vom [Datum] nachgewiesen.

Die TUM haftet dem Betriebsarzt für Schäden, die dieser im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für die TUM erleidet, nur, wenn diese Schäden auf grob fahrlässigem oder vorsätzlichem Verhalten der TUM beruhen; dies gilt nicht für Schäden aus der Verletzung von Gesundheit oder Leben.

- 5.5. [Für die TUM wird folgender Betriebsarzt tätig, der/die die Qualifikation nach den vorstehenden Ziffern besitzt:

xxxxxx

Zusätzlich werden xxx als mögliche Vertretungen benannt.

Das Unternehmen stimmt sich bei personellen Veränderungen rechtzeitig vorher mit der TUM ab. Die Versicherungen gemäß Ziffern 5.1. bis 5.2. sowie die Nachweise nach Ziffer 5.3. sind für den angestellten Betriebsarzt abzugeben.

6. Vergütung

- 6.1. Die jährliche Einsatzzeit errechnet sich anhand der Beschäftigtenzahl auf Basis der Ziffer 2.3 der Richtlinien über die Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes in der staatlichen Verwaltung des Freistaates Bayern und den Erfahrungswerten der letzten Jahre und beträgt derzeit 950 Stunden/Jahr. Sofern sich der Personalstand um ± 5 Prozent des dem Vertrag zu Grunde gelegten Einsatzes ändert, wird die Einsatzzeit entsprechend angepasst.

Je Einsatzstunde wird ein Betrag in Höhe von xxx,xx € (zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer auf steuerpflichtige Leistungen) berechnet.

- 6.2. Die TUM zahlt dem Betriebsarzt zum 31.03., 30.06., 30.09. und 31.12. eines jeden Vertragsjahres einen pauschalen Betrag in Höhe des Produktes aus einem Viertel der im laufenden Jahr zu erwartenden Einsatzstunden und dem im Angebot genannten Betrag je Einsatzstunde (zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer auf steuerpflichtige Leistungen). Eine genaue Abrechnung, beziehungsweise Verrechnung von Minderzeiten erfolgt mit der 1. Quartalsrechnung im nächsten Jahr.

Die Zahlung erfolgt auf folgendes Konto des Betriebsarztes

..... gegen ordnungsgemäße Rechnungsstellung, insbesondere unter Unterscheidung der umsatzsteuerpflichtigen und umsatzsteuerfreien Leistungen des Betriebsarztes.

- 6.3 Mit diesen Zahlungen sind alle in diesem Vergabeverfahren festgelegten und sich aus dem Arbeitssicherheitsgesetz ergebenden Leistungen einschließlich z.B. der Vorhaltung medizinischer Untersuchungsgeräte, Verbrauchsmaterialien usw. abgegolten.
- 6.4. Ist für den Betriebsarzt im laufenden Jahr abzusehen, dass die in Ziffer 6.1 angesetzten Einsatzstunden für die Erfüllung seiner Aufgaben, die in Ziffer 3 aufgeführt sind, überschritten werden, teilt dies der Betriebsarzt der TUM unverzüglich mit. Die TUM wird mit dem Betriebsarzt im sachlich begründeten Fall des Mehrbedarfs für das jeweilige Jahr eine einvernehmliche Regelung anstreben. Die nach vorheriger Abstimmung geleisteten Mehrstunden werden nach dem in Ziffer 6.1 genannten Einzelstundensatz berechnet.
- 6.5. Nach jeweils drei Jahren Vertragslaufzeit ist eine Anpassung der Vergütung je Einsatzstunde wie folgt möglich: „Ändert sich der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Verbraucherpreisindex für Deutschland auf der Basis 2025 = 100 gegenüber dem für den Monat des Anpassungsverlangens veröffentlichten Index, so kann jede Partei eine entsprechende prozentuale Anpassung der Vergütung (Einsatzstunde laut Angebot 2026) verlangen.“

7. Ergänzende Bestimmungen

- 7.1. Ergänzend zu den vorstehenden Regelungen gelten die Bestimmungen der Vergabeordnung (VgV) in der jeweils gültigen Fassung.
- 7.2. Gerichtsstand und Erfüllungsort ist jeweils München; es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 7.3. Sollten einzelne Bestimmungen rechtsunwirksam sein oder werden oder sollten Vertragslücken bestehen, verpflichten sich die Parteien, Regelungen zu treffen, die dem wirtschaftlich Gewollten möglichst nahe kommen.
- 7.4. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht; dies wird vom Vertragspartner ausdrücklich bestätigt.
- 7.5. Änderungen oder Ergänzungen bedürfen der Schriftform, sofern nicht eine weitergehende Form vorgeschrieben ist. Die Schriftform kann ebenfalls nur schriftlich überwunden werden.

Garching, den

.....
TUM

.....
Betriebsarzt/Betriebsärztin/Unternehmen